



Spandauer Stachel

ZEITUNG DER ALTERNATIVEN LISTE SPANDAU

Nr. 2 Jahrg. 2011

Aus dem Inhalt:

(KEINE) ANGST IN U- UND S-BAHN

Wer mit der Angst Politik macht, findet keine Lösungen. Seite 1,2

MÄNNER IN DIE KITAS

Es muss männliche und weibliche Vorbilder geben. Seite 2

GRÜNE BILDUNGSPOLITIK

Maßgeschneiderte Bildung statt Bildung von der Stange. Seite 3

ZITADELLENKONZERTE

Nach wie vor unterstützen FDP und CDU den Anwohner/innen, dass sie die Zitadellenkonzerte verhindern wollen. Seite 4

BIOGASANLAGE IN RUHLEBEN

Die Senatsverwaltung lehnte es ab, Maßnahmen zur Verringerung des Methanausstoßes vorzunehmen. Seite 4

JEDER 10. BAUM IST NICHT GESUND

Spandaus Grünflächenamt braucht bessere Regelausstattung. Seite 5

LANDSCHAFTSPARK GATOW

Die GAL-Fraktion fordert eine Abkehr von den bisherigen Landschaftspark-Planungen. Seite 5

DAMALS VOR 50 JAHREN

Wie wirkte sich der Mauerbau auf den Westberliner ÖPNV aus? Seite 6

SCHULDEN UND SELBSTBETRUG

Wie kann man gegen die Spielhallen vorgehen? Seite 7

ARBEITSZEIT...

...reduzieren statt Verlängerung der Wochenarbeitszeit zu fordern. Seite 7

WOHNUNGSPOLITIK

In Berlin steigen die Mieten in den Gebieten mit großer Nachfrage stark an. Seite 8

(Keine) Angst in U- und S-Bahn

Sicherheitspolitik mit Augenmaß

Im Februar wurde im Bahnhof Lichtenberg ein 30-jähriger Mann fast erschlagen, an Ostern trat ein Jugendlicher einen wartenden Fahrgast auf dem Bahnhof Friedrichstraße beinahe tot. Ihn rettete nur das beherzte Eingreifen eines bayerischen Touristen. Über Pfingsten kam es gleich zu mehreren Gewalttaten im Nahverkehr, zuletzt einer Attacke von gleich mehreren Schlägern auf einen 21-jährigen.

Die Gewalt, die dabei angewandt wird, schockiert: es wird nicht mehr mit Fäusten gekämpft, sondern zugetreten, auch wenn das Opfer längst hilflos am Boden liegt. Erschreckend ist auch das Fehlen nachvollziehbarer Anlässe – denn es gab in allen Fällen keinen erkennbaren Grund, keinen vorhergehenden Streit. Die Täter geben an, sie seien aggressiv gewesen, hätten sich provoziert gefühlt, hätten irgendwelchen Frust abgebaut. Sie sind oft selber am wenigsten in der Lage, ihr Verhalten zu erklären.

Es bleibt der Eindruck, dass es gefährlich ist, U-Bahn zu fahren, zumindest nachts. Nicht wenige Berlinerinnen und Berliner haben nach solchen Vorfällen Angst und das Gefühl, dass da etwas außer Kontrolle geraten ist. Dazu trägt die Wahlosigkeit der Attacken bei, weil durch sie das Gefühl stärker wird, dass man sich nicht richtig oder falsch verhalten kann. Tunnelblick, Wegsehen und Nicht-Eingreifen sind die Folgen der eindringlichen und einschüchternden Video-Bilder aus der Tagesschau. Es besteht Handlungsbedarf. Wir müssen uns neue Wege überlegen, wie wir Gewalttaten in der U-Bahn möglichst verhindern können und wie wir mit den Tätern umgehen.

Angst ist zunächst einmal ein Gefühl. Zu diesem Gefühl gehört auch der Eindruck, das alles immer schlimmer wird. Dabei ist dieser Eindruck durch die Statistik kaum gedeckt. Im Gegenteil: Die Zahl der Gewalttaten geht zurück, gerade bei jugendlichen Tätern. Und auch die gern geäußerte These, dass es ja sein möge, dass es weniger Taten gibt, die aber dafür umso brutaler seien, stimmt so pauschal nicht. Der renommierte Gewaltforscher Christian Pfeiffer rechnet vor, dass es frü-

her sogar mehr schwere Körperverletzungen, mehr Mord und Totschlag unter Jugendlichen gab als heute.

Mit nackten Zahlen wird man das Angstgefühl nicht besiegen, denn Angst ist ja im Unterschied zur Sta-

lediglich auf, und sie helfen bestenfalls dabei, die Täter im Nachhinein zu ermitteln.

Diese einfachen Zusammenhänge wollen Senat und BVG bis jetzt nicht recht einsehen. Die BVG rüstet ihre

Fahrzeuge munter weiter mit Kameras aus, eine wissenschaftliche Untersuchung über ihre Wirkung hat sie aber abgebrochen. Diese Evaluation hatte bis dahin noch keine Senkung der Kriminalität durch Kameras erkennen lassen. Ein Schelm, wer böses dabei denkt.

Will man Straftaten verhindern, muss man also andere Wege gehen. Auf dem Bahnsteig hilft nur Personal. Denn nur Menschen können den Tätern wortwörtlich in den Arm fallen.

Foto: Stachel



Auf dem Bahnsteig hilft nur Personal

tistik eben nicht rational. Aber wenn man eine rationale Antwort finden will, dann darf man nicht mit der Angst Politik machen und sie noch schüren. Das ist es aber leider, was in dieser Debatte fast immer passiert.

Der erste Ruf nach einer solchen Tat ist der nach mehr Kameras und anderen technischen Sicherungen. Die FDP forderte jüngst Zugangsperren zu den Bahnhöfen, Drehkreuze an den Ein- und Ausgängen, wie sie von London bis Paris existieren. Das ist in Berlin schon deshalb undurchführbar, weil viele nachträglich eingebaute Fahrstühle direkt auf die Bahnsteige führen. Außerdem hilft dies vielleicht etwas gegen Schwarzfahrer, Gewalttäter wird es wohl kaum fernhalten. Und ganz sicher wird es das Leben für Menschen im Rollstuhl, mit Kinderwagen, Fahrrad oder einfach viel Gepäck nicht leichter machen.

Somit ist der Ruf nach solchen Sperrungen ähnlich hilflos wie der nach mehr Kameras. Denn die Horror-Videos aus den Bahnhöfen zeigen ja gerade: Kameras verhindern diese Gewalt eben nicht! Sie zeichnen sie

Zugleich muss präventiv möglichst verhindert werden, dass aus wütenden jungen Männern brutale Täter werden. Erkennen von Warnsignalen, Auseinandersetzung mit Aggression und Frustrabbau muss als gesellschaftliche Aufgabe ernst genommen werden. Es gibt gute Beispiele mit Konfliktlotsen an den Schulen, mit Anti-Gewalttraining. Aber längst nicht überall ist dies Standard.

Die Bundesregierung kennt in ihrem schwarz-gelben Koalitionsvertrag nur eine Antwort: härter, schneller, länger – und zwar wegsperrten. CDU Politiker schwadronieren nach jedem Gewaltvorfall verlässlich von der angeblichen Weichheit des Jugendstrafrechts und vom Warnschussarrest. Insbesondere der Vorsitzende des Innenausschusses Wolfgang Bosbach tut sich da hervor. Er will, dass gerade bei Ersttätern nicht „nur“ eine Bewährungsstrafe verhängt wird, sondern zugleich ein Warnschussarrest, da-

Fortsetzung Seite 2



Mehr Männer in die Kitas!

Für mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Erziehung

Geschlechtsspezifische Denkmuster sitzen ziemlich fest, und sie werden früh angelegt. Deshalb ist es gerade in der frühkindlichen Bildung und Erziehung wichtig, männliche und weibliche Vorbilder zu haben. Väter engagieren sich mehr in der Erziehung und der Ruf nach mehr Männern in Kitas ist unüberhörbar. Obwohl das Netzwerk für Kinderbetreuung der Europäischen Kommission bereits 1996 vorschlug, dass bis zum Jahre 2006 20 Prozent der Beschäftigten in öffentlichen Einrichtungen für Kinder Männer sein sollten (Netzwerk der EK, 1996), war ihr Anteil in Kitas mit 3,35 % bundesweit in 2008 sehr gering. Aktivitäten zur Erhöhung des Männeranteils brauchen gesellschaftliche und politische Unterstützung und müssen im Kontext der Qualitätsentwicklung und Professionalisierung von Kindertageseinrichtungen diskutiert werden. Fachlich ist eine Perspektive erforderlich, die Geschlechtergerechtigkeit in der Elementarpädagogik insgesamt in den Blick nimmt.

Deshalb müssen wir für die Zukunft folgende Fragen beantworten:

- Wie ist Geschlechtergerechtigkeit/Diversity im Berliner Bildungsprogramm für die Kindertagesbetreuung verankert?
- Wozu brauchen wir mehr Männer in den Kitas?
- Was verändert sich an der Arbeit in der Kita, wenn mehr Männer als Erzieher arbeiten?
- Mit welchen Maßnahmen kann der Männeranteil in den Kitas er-

höht werden?

- Welche Rahmen- und Lernbedingungen machen die Ausbildung zum Erzieher für Männer interessant?
- Wie müssen die Rahmen- und Arbeitsbedingungen in Kitas be-



Vorbildliche Kita

Foto: Stachel

schaffen sein, damit sich Männer für eine langfristige Tätigkeit als Erzieher entscheiden?

Identitätsbildung im frühen Kindesalter

Kinder durchlaufen Ihre Identität, also auch ihre geschlechtliche Identitätsentwicklung schon ab den ersten Lebensmonaten bis zum Schuleintritt. Entscheidender als die biologische Determination und die geplante Pädagogik in der Kita sei das Vorleben von Rollenbildern durch Erwachsene. Deshalb sind aus Ihrer Sicht und aus der Sicht vieler PädagogInnen Männer in den Kitas wichtig, um den Kindern das Erleben von vielfältigen Rollen zu ermöglichen.

Äußerst wirksam sind in diesem Alter Bilder, in denen sich Botschaften zum Rollenverständnis ausdrücken. Werden hier Werbeanalysen gerade auch zu Kinderspielzeug betrachtet ist, festzustellen, dass sich

hier im Rollenverständnis der Geschlechter in den letzten Jahren kaum etwas verändert hat.

Playmobil ist eines der wenigen Beispiele für gegendertes Spielzeug – also es gibt auch Piratinnen, Bauarbeiterinnen etc. Trotzdem ist festzustellen, dass Kinder diese weiblichen Figuren beim Spielen als erste aussortieren, ein Hinweis auf feste Rollenklischees, denen sie natürlich auch folgen. Am Beispiel von Werbeanalysen wird hinsichtlich der beruflichen Orientierung deutlich: Frauen sind seltener in ihrer beruflichen Tätigkeit zu sehen; Frauen werden kaum in verantwortungsvollen Berufen wie z. B. Vorgesetzte dargestellt und Frauen erscheinen meist

in häuslicher Umgebung.

Daraus ist zu schließen: Rollenbewusstsein entsteht unbewusst schon im Alter unter drei Jahren und ist stark durch öffentlich präsentierte Bilder und das von Erwachsenen vorgelebte Rollenbild geprägt.

Das hat Auswirkungen auf das Selbstkonzept: Frühe Orientierung der Jungen auf Status und Macht, eventuell verbunden mit Druck und Unsicherheit. Für Mädchen bedeutet dies frühe Selbstbegrenzung, eventuell verbunden mit häuslicher Orientierung auf ein tradiertes Familienbild.

Deshalb fordern wir Diversity-Elemente im Berliner Bildungsprogramm für die Kita. Fachkräfte sollen das Bedürfnis der Mädchen und Jungen, ihre geschlechtliche Identität zu entwickeln und darzustellen, ernst nehmen. Die Darstellung erfolgt hier auch oft überspitzt ohne gleich eine Orientierung zu sein. Wenn Jungen in Mädchenrollen schlüpfen, wird dies viel stärker wahrgenommen und oft auch diskriminiert als umgekehrt. Oft sind gerade auch Eltern sehr besorgt. Diesen Prozess gilt es pädagogisch zu begleiten. Wir wollen jeden Jungen und jedes Mädchen in der Entwicklung der geschlechtlichen Identität und ihrer Bezugsgruppen stärken. Eigene Vorurteile müssen bewusst gemacht werden und ein breites Spektrum an Geschlechterrollen muss vermittelt werden.

Wir wollen Begegnungen mit realen Personen ermöglichen sowie eine geschlechterbewusste Auswahl von Materialien treffen. Darüber hinaus ist Geschlechtergerechtigkeit als grundlegendes Element im Bildungsverständnis zu implementieren. Dafür werden wir uns auch in der nächsten Legislaturperiode einsetzen.

Anja Kofbinger, MdA

(Keine) Angst in U- und S-Bahn

Fortsetzung von Seite 1

mit die jungen Männer spüren, „was Freiheitsentzug ist“. Außerdem soll die Höchststrafe im Jugendstrafrecht von 10 auf 15 Jahre erhöht werden. Diese Aussagen sind exemplarisch für den völlig falschen Blickwinkel auf das Problem. Auch hier hilft ein Blick in die Realität: Freiheitsstrafen werden seit den 1990er Jahren für immer längere Zeiten verhängt, von weichem Umgang mit Tätern kann wohl kaum die Rede sein.

Und auch der Warnschussarrest ist ein Instrument der pädagogischen Klippschule: nach der ersten Tat Wegsperrern heißt vor allem, dass die Täter nach der ersten Tat den Kontakt ins kriminelle Milieu bekommen. Und die Rückfallquoten zeigen: Wer gesessen hat, wird häufiger erneut zum Täter. Mal ganz davon ab-

gesehen, dass auch ein Warnschussarrest nur nach Sofortmaßnahme klingt, aber auch – gerade in Berlin – auf überfüllte Arrestanstalten trifft.

Dass die Union trotzdem solche Dinge fordert, ist nicht neu, sie macht immer schon als schwarzer Sheriff Politik mit der Angst. Dass aber eine angeblich liberale Bürgerrechtspartei diesen Unsinn mitmachen will, ist ein trauriges Verständnis von Freiheit und Rechtsstaat.

Gerade bei Jugendlichen und gerade bei Ersttätern muss es darum gehen, sie vom Pfad in die Kriminalität wieder abzubringen oder eben gar nicht erst auf diesen Weg kommen zu lassen. Torben P., der Haupttäter vom Bahnhof Friedrichstraße, war bis zu seiner Tat in keiner Weise aufgefallen, dem Vernehmen nach

unauffällig in Schule und Sportverein. Niemals ein Fall für einen Warnschussarrest, nun leider ein Fall für eine Haftstrafe, wohl ohne Bewährung.

Aber auch bei den anderen, den sogenannten Intensivtätern mit vielen Vorbelastungen, hilft es nicht, die Jugendlichen möglichst scharf auszugrenzen und lange wegzusperrern – das zementiert ihren Weg aus der Mitte der Gesellschaft erst. Statt sie als hoffnungslose Fälle abzuschieben, sollten wir ihnen als Gesellschaft viel mehr klar und deutlich machen, welche Ansprüche wir an sie haben. Und das geht am wirkungsvollsten, wenn Jugendarbeit, Polizei und Staatsanwalt eng zusammenarbeiten und schnell eine gemeinsame Antwort finden.

Denn da herrscht in der Theorie große Einigkeit: Die Sanktion muss sofort erfolgen. Schon dem Ersttäter muss signalisiert werden, dass er so

nicht weitermachen darf und dass sein Handeln nicht toleriert wird. Die Umsetzung dieser Erkenntnis, die Ausweitung des „Neuköllner Modells“ der Richterin Kirsten Heisig auf die ganze Stadt stagniert jedoch.

Hier gibt es viel zu tun für einen neuen Senat ab dem Herbst dieses Jahres. **Wolfgang Wieland, MdB**

Impressum

Herausgeber: Verein zur Förderung alternativer Publizistik e.V.
V.i.S.d.P.: Ernst John
c/o Alternative Liste Spandau,
Stachelredaktion, Jagowstr. 15,
13585 Berlin,
Tel.: 335 97 14 Fax: 336 02 73
E-mail: ALSpandau@freenet.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder

Grüne Bildungspolitik – Wir können mehr als Opposition!

Eine bildungspolitisch turbulente Legislaturperiode neigt sich dem Ende zu. Zeit, Bilanz zu ziehen. Hoffnungsfroh stimmt mich in diesem Zusammenhang das wachsende Bewusstsein in der Gesellschaft, dass Bildung Vorrang einnehmen und das Problem der sozialen Benachteiligung von Kindern im Bildungswesen gelöst werden muss. Schließlich haben sämtliche PISA-Erhebungen und die Grundschuluntersuchung IGLU mehrfach gezeigt, dass der Bildungserfolg in Berlin erheblich vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist: Nirgends in der Republik bestimmt der soziale Hintergrund der Elternhäuser den Bildungserfolg wie in Berlin.

Zu Beginn der Legislaturperiode wurde das Fach Ethik eingeführt, welches wir begrüßt haben. Kurz darauf entbrannte eine heftige Debatte um die Zukunft des Ethikunterrichts. Eine von CDU-Mitgliedern dominierte Initiative mit dem Namen „Pro-Reli“, die zuvor ein Volksbegehren zur Einführung des Wahlpflichtfaches Religion durchgesetzt hatte, startete eine massive Kampagne, bei der die Wahrheit oft auf der Strecke blieb. Der Volksentscheid fand schließlich am 26. April 2009 statt. Pro-Reli hat dabei weder das Quorum, noch die Mehrheit erreicht. Mit 51,3% haben sich die BerlinerInnen für die Beibehaltung des Berliner Modells ausgesprochen, wonach Religionsunterricht weiterhin auf freiwilliger Basis stattfinden kann. Wir haben uns aktiv an der Kampagne „Pro-Ethik“ zum Erhalt und Weiterentwicklung des Ethikunterrichts beteiligt.

Obwohl SPD-Linke sich in ihrem Koalitionsvertrag auf die Einführung eines Schulversuchs „Gemeinschaftsschule“ verständigt haben, haben wir uns mit der Beibehaltung der Hauptschulen nicht abgefunden. So haben wir ziemlich früh die Debatte um die Abschaffung der Hauptschulen und eine Schulstrukturreform begonnen. Die Abschaffung der Hauptschulen und von Selektionsinstrumenten, wie Probehalbjahr oder Sitzenbleiben und Durchlässigkeit der neu entstehenden Schultypen (integrierte Sekundarschule und Gymnasium) standen im Mittelpunkt unserer Bemühungen. In Folge wurde mit der Schulstrukturreform und die Einführung der Zweigliedrigkeit, das gesamte Berliner Schulsystem umgekrempelt. Manche unserer Vorschläge haben wir durchsetzen können, andere wiederum nicht. Leider ist es uns nicht gelungen, das Probejahr und das Sitzenbleiben an Gymnasi-

en abzuschaffen. Dennoch können wir Grüne mit Stolz sagen, dass wir aus der Opposition heraus die vermutlich größte Berliner Schulreform angestoßen haben.

Das Jahr 2009 begann mit dem Beschluss zur Schülerdatei. Die rote Koalition hat trotz vieler Kritiken und gegen unseren Widerstand das Gesetz zur Schülerdatei beschlossen. Damit wurde der Datenschutz für die SchülerInnen in weiten Bereichen außer Kraft gesetzt, und die versprochene Schuladministrationssoftware, welche als Allheilmittel gepriesen wurde, lässt weiterhin auf sich warten. Wir Grüne haben unseren Protest eingelegt.

Zu Mitte der Legislaturperiode haben wir unser Projekt „Energetische Sanierung von Schulgebäuden“ abgeschlossen. Dabei haben wir in



Birkengrundschule in Spandau

Zusammenarbeit mit dem City-Seminar, das Energieberater ausbildet, an mehreren exemplarischen Beispielen (Grund- und Oberschulen in fünf Bezirken) dargelegt, sowie per Energiegutachten nachgewiesen, wie groß der Sanierungsbedarf vor Ort in den Schulen ist und wie sehr sich die energetische Sanierung von Schulen und Sportanlagen lohnt. Wir haben auch durchgesetzt, dass Berlin einen Klimaschutzpreis für Schulen auslobt und Schulen prämiert, die sich auf diesem Gebiet mit Engagement und Fleiß hervortun.

Auch in anderen Bereichen der Bildung ist es uns gelungen, von der Oppositionsbank heraus, den Takt anzugeben. So wurde z. B. unsere ständige Forderung nach Reduzierung der Klassenfrequenzen an Grundschulen in sozial benachteiligten Gebieten in der neuen Grundschulverordnung verankert. Zu den weiteren Vorschlägen und Anträgen, die wir im Abgeordnetenhaus als Grüne Opposition durchsetzen konnten, gehören:

- die gleiche Besoldung von Lehr-

kräften mit ausländischen Abschlüssen (z.B. Europaschulen) zu erreichen,

- die Geschwisterregelung bei Grundschulen durchzusetzen,

- die Möglichkeit zur Erweiterung von Schuleinzugsbereichen zu Schulsprengeln gesetzlich zu verankern,

- den Einsatz von dauerkranken Lehrkräften im außerschulischen Bereichen der Verwaltung zu ermöglichen,

- die BVG-Klausel bei Oberschul-anmeldungen abzuschaffen.

Diese Erfolge haben auch mit Bildungssenator Zöllner zu tun, der jenseits des üblichen Gezankes von Regierung und Opposition bereit war, unsere Vorschläge für den Schulbereich sachlich zu analysieren und manchmal sogar umzusetzen.

notwendige Schritte zur Qualitätsentwicklung und -sicherung ergreifen. Eines der wichtigen Vorhaben wird es sein, neben einer gezielten Fort- und Weiterbildungs-offensive, die mit einer Fortbildungsverpflichtung einhergehen muss, für eine auskömmliche LehrerInnen-ausstattung in den Schulen zu sorgen. Dazu gehört es, die Arbeitsbedingungen in den Schulen zu verbessern und neue Arbeitszeitmodelle mit Präsenzzeiten einzuführen. Neue Arbeitszeitmodelle sind auch aufgrund der Schulstrukturreform ein Muss. Eine auskömmliche LehrerInnen-ausstattung erfordert, alle AbsolventInnen der Lehramtsberufe in Berlin zu halten. Bessere Arbeitsbedingungen, moderne Arbeitszeiten, Höhergruppierung und flexible Einstellungstermine sind wichtige Instrumente dafür. Allerdings wird die Reform der Lehrerarbeitszeit, genauso wie die notwendige Qualitäts-offensive nicht kostenneutral zu haben sein.

Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen gehört auch eine echte Reform der LehrerInnen-ausbildung. PISA hat gezeigt, wie wichtig die individuelle Förderung der SchülerInnen ist. Unsere zukünftigen LehrerInnen benötigen eine zeitgemäße Ausbildung. Sprachförderung und interkulturelle Kompetenzen werden dabei genauso wichtig sein, wie z. B. Erkenntnisse aus der Gehirnforschung.

Unsere Schülerschaft ist vielfältig und multikulturell. Unsere Schulen, die Rahmenpläne und das Personal sind dagegen eher monokulturell und monolingual geprägt. Vielerorts führt die Vielfalt auch zu Problemen. Oft werden diese durch soziale Probleme verstärkt. Das Resultat sind Schulen, die von bildungsnahen Eltern gemieden werden. Sie ziehen aus ihrem Kiez, spätestens wenn die Kinder ins Einschulungsalter kommen. Das führt zu einem Abwärtstrend, welcher zu Segregation und Spaltung führt.

Gegen diesen Abwärtstrend gibt es kein Patentrezept, dennoch gelingt es vielen Schulen in sozial benachteiligten Gebieten, mit Elterncafés, Deutschklassen, Profilbildung, Ganztagsangebot etc. den Abwärtstrend umzukehren. Das Geheimnis dieser erfolgreichen Schulen ist die Bildungsqualität und eine Öffnung der Bildungseinrichtung. Diese Schulen beweisen, dass auch Schulen in sozial benachteiligten Gebieten erfolgreich sein können.

Das Credo für die Berliner Schulen in der nächsten Legislatur muss lauten: Maßgeschneiderte Bildung statt Bildung von der Stange. Nur so kann Bildung in Berlin wieder zu einem Qualitätssiegel werden!

Özcan Mutlu, MdA

Foto: Stachel

Die Herausforderungen im Bildungsbereich werden jedoch in der neuen Legislaturperiode bestehen bleiben. Unser Bildungswesen muss weiterentwickelt werden mit dem Ziel, alle Kinder, sei es mit oder ohne Behinderungen und unabhängig von ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft, optimal zu fördern und zu integrieren. Die rein organisatorische Reform der flexiblen Eingangsphase in den Grundschulen ist weder personell, noch räumlich vernünftig ausgestattet. Die Sprach-offensive für SchülerInnen und Eltern mit Migrationshintergrund sowie der integrative Unterricht sind unzureichend und nur mit dem nötigsten Personal ausgestattet. Seit Jahren sind die Personalstellen in diesem Bereich gedeckelt, obwohl der Bedarf von Jahr zu Jahr steigt. Es wird auch unsere Aufgabe sein, dafür zu kämpfen, dass die bevorstehende Schulstrukturreform, insbesondere die Sekundarschule, zu einem Erfolg geführt wird.

Wir müssen die Rahmenbedingungen für bessere Schulen schaffen und

Berichte der Bezirksverordneten der Alternativen Liste Spandau



Zitadellenkonzerte – FDP macht erneut Stimmung gegen Anwohner/innen



Zitadelleneingang

Foto: Stachel

Mit einer Großen Anfrage in der Juni-BVV hat die FDP ihre Stimmungsmache gegen Anwohner/innen am Kolk fortgesetzt. Anlass war die abgewiesene Klage einer Anwohnerin, über die in den Medien berichtet wurde. Nach wie vor unterstellen FDP und CDU den Anwohner/innen, dass sie die Zitadellenkonzerte verhindern wollen. Dies ist nicht der Fall: Die Betroffenen – besonders intensiv setzt sich eine Hauseigentümerin für ihre Mieter/innen ein - wünschen sich eine bessere zeitliche Verteilung lauter Konzerte und eine lärmindernde Beschallungstechnik. Zumindest mit Letzterem waren sie schon erfolg-

reich. Im Vergleich zum ersten Jahr des Citadel Music Festivals hat die Lärmbelastung abgenommen, was u. a. auf die veränderte Technik zurückzuführen ist.

Träumen in Superlativen ohne Ende

Am deutlichsten lässt sich die Stimmungsmache der FDP anhand der gewählten Formulierungen nachweisen: „Wie bewertet das Bezirksamt die Gesamtsituation unter dem Gesichtspunkt, dass tausende Spandauer, Berliner, Bürger aus allen Teilen der Republik und aller Welt diese Konzerte lieben, dagegen eine kleine Anzahl Bürger, trotz diverser gerichtlicher Einigungen, stets ver-

suchen, diese Veranstaltung zu verhindern?“

Die Wortwahl zeigt zum einen, wie sehr die Spandauer FDP den Konzertort Zitadelle überschätzt. Woher will sie wissen, dass „tausende“ in aller Welt die Konzerte „lieben“? Dieses Überschätzen wird auch in einer anderen Frage deutlich: „Stimmt das Bezirksamt der Auffassung zu, dass Spandau durch die Zitadellenkonzerte Berlin-, Deutschland- und weltweit in den Fokus der musikbegeisterten Menschen gerückt ist?“ Hand aufs Herz – geht es vielleicht auch eine Nummer kleiner? Die rechte BVV-Mehrheit im Bezirk hängt noch immer einem durch nichts gerechtfertigten Größenwahn nach, Spandau als Nabel der Welt zu sehen.

FDP-Wortwahl macht kritische Bürger/innen zu Querulanten

Zum anderen unterstellt die FDP den Anwohner/innen, Querulanten zu sein. Dass, was tausende angeblich lieben, will vermeintlich von einer „kleinen Anzahl Bürger“ verhindert werden. Rückendeckung erhält die FDP auch in Internetforen, in denen den Anwohner/innen unterstellt wird, darunter zu leiden, dass andere Menschen Spaß haben. Die FDP stellt die rechtsstaatlich garantierte Freiheit in Frage, sich gegen

Entscheidungen der Verwaltung juristisch zu wehren. Sie stempelt Bürger/innen zu Querulanten ab, weil sie sich nicht alles gefallen lassen und zeigt sich damit linientreu mit den beiden übrigen Parteien der Spandauer Zählgemeinschaft.

Grüne Politik nimmt Bürger/innen ernst

Hierin liegt ein wesentlicher Unterschied zur grünen Bezirkspolitik. Die GAL-Fraktion nimmt alle Bürger/innen ernst und unterstützt sie, sich gegen unrechtmäßige oder unfaire Entscheidungen zu wehren. Unser Ziel ist, Mündigkeit und Kritikfähigkeit der Bürger/innen zu stärken und somit einen Gegenpol zu obrigkeitstaatlichen Tendenzen zu schaffen. Die GAL-Fraktion wird sich daher weiterhin dafür einsetzen, dass die Konzerte im Einvernehmen mit den Anwohner/innen stattfinden. Nur so lässt sich die Zitadelle langfristig als Veranstaltungsort erhalten. Dazu gehört auch, die Zahl der Feuerwerke zum Abschluss von Veranstaltungen zu reduzieren oder ganz einzustellen. Sie stoßen auch aus ökologischen Gründen auf besonders viel Kritik, da sie weithin gehört werden. Als Grüne arbeiten wir darauf hin, dass das Spandauer Bezirksamt und die Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz als Genehmigungsbehörde nach dem 18. September 2011 in einer Art und Weise geführt werden, die die Belange der Bürger/innen ernster als bisher nimmt.

Methanausstoß der BSR-Biogasanlage

Senat lehnt Nachbesserung ab

Die Planungen für eine Biogasanlage der BSR an der Freiheit in Ruhleben gehen trotz der Kritik von Umweltverbänden und Grünen unverändert weiter. Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz lehnte es ab, Maßnahmen zur Verringerung des Methanausstoßes vorzunehmen. Die Menge des besonders klimaschädlichen Gases wird laut Planung um das Vierfache über dem in der Technischen Anleitung Luft genannten Grenzwert liegen.

Die Berliner Landesregierung hat sich mit ihrer Entscheidung über alle Bedenken und konstruktiven Vorschläge von Umweltverbänden und Grünen hinweggesetzt, zwei alterna-



BSR-Komplex in Ruhleben

Foto: Stachel

tive technische Verfahren zur Minderung des Methanausstoßes (Verbrennung in der Ruhlebener Müllverbrennungsanlage bzw. regenerative thermische Oxidation) zu prüfen. Ohne Einschränkung vertritt sie die Ansichten der BSR und sieht keinen Bedarf „an weiteren lediglich begleitenden, zeit- und kostenintensiven, externen und unabhängigen Untersuchungen“. Zudem würde, so behauptet der Senat, die Methanminderung 3-fach höhere Betriebskosten zur Folge haben und den CO²-Ausstoß der Anlage vervierfachen.

Alternativvorschläge nicht geprüft?

Der höhere Energieaufwand, der bei der Methanminderung entsteht, wird von den Umweltverbänden nicht bestritten. Dennoch gibt es

Fortsetzung Seite 5



Fortsetzung von Seite 4

technische Lösungen, diesen in Grenzen zu halten. Während des Erörterungstermins im März baten die Einwander/innen ausdrücklich um Prüfung ihrer Vorschläge – offenbar ist nichts geschehen. Insbesondere der BUND wies noch einmal darauf hin, dass Methan um mindestens den Faktor 25 schädlicher als CO² für das Klima ist.

Antrag auf Solaranlage abgelehnt

Selbst SPD-Umweltpolitiker/innen im Abgeordnetenhaus konnten sich mit ihren Forderungen nach einer Optimierung der Biogasanlage nicht durchsetzen. Ihr Antrag, eine Solaranlage oder ein Blockheizkraftwerk zu errichten, wurde von der Senatsverwaltung abgelehnt. Die Vorschläge sind "nicht Bestandteil des Genehmigungsantrages, ... genehmigungsrechtlich nicht relevant und können mangels rechtlicher Grundlage auch nicht vom Antragsteller abgefordert werden", begründet Senatorin Kathrin Lompscher von der Linken. Eine inhaltliche Auseinandersetzung über die Sinnhaftigkeit der Vorschläge in Bezug auf die Klimabilanz erfolgte nicht.

Echte Bürgerbeteiligung sieht anders aus

Der Umgang mit den Einwendungen von Bürger/innen und Verbänden wirft kein gutes Licht auf den Senat. Wer sich mit konstruktiven Vorschlägen nicht einmal ansatzweise auseinandersetzt, darf sich nicht wundern, wenn die Bürger/innen ihre Rechte nicht mehr wahrnehmen. Doch für den Berliner Senat ist Bürgerbeteiligung offenbar nur störend.

Klimaschutz für Senat ohne Priorität

Die Ausführungen des Senats zeigen, dass die Berliner Landesregierung bei konkreten Klimaschutzmaßnahmen nur zögerlich handelt. Wenn sich nicht einmal die Umweltpolitiker/innen der Regierungsparteien in den eigenen Parteien durchsetzen, sieht es wirklich düster aus für den Klimaschutz in Berlin.

Die Ausführungen der Senatsverwaltung finden Sie im Internet: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/DruckSachen/d16-4266.pdf>

Die Bezirksverordneten der GAL

erreichen Sie über die
Alternative Liste Spandau
KV von Bündnis 90/Die Grünen
Mo - Fr 13:00 - 14:00 h
und nach Vereinbarung
Jagowstr. 15, 13585 Berlin
Tel.: 335 97 14 Fax: 336 02 73
E-Mail: ALSpandau@freenet.de

Jeder 10. Baum ist nicht gesund

Spandaus Straßenbäume brauchen Hilfe

Auch 2010 hat sich die Abnahme des Straßenbaumbestandes in Spandau fortgesetzt. Baumbestand nicht nur erhalten, sondern erhöht werden muss. Naturschutzverbände sehen das



Geschädigte Bäume

Foto: Stachel

140 Bäume mussten gefällt werden, nachgepflanzt wurden nur 28. Das geht aus der Antwort des Bezirksamtes auf eine Anfrage der GAL-Fraktion hervor. Ein weiterer Rückgang in den kommenden Jahren scheint unvermeidlich. Rund 11 Prozent der Straßenbäume im Bezirk werden als „geschädigt“, „stark geschädigt“, „stark - sehr stark eingeschränkt“ oder „absterbend - tot“ eingestuft – insgesamt rund 3.000 Bäume.

Angesichts der Diskussionen um Maßnahmen, dem Klimawandel und der damit verbundenen Erwärmung des Stadtklimas entgegenzuwirken, ist diese Entwicklung politisch nicht hinnehmbar. Gerade Straßenbäume haben eine wichtige Funktion, das Stadtklima im Sommer erträglich zu halten. Sie spenden Schatten, geben Feuchtigkeit ab und reinigen die Luft. Daher sollte unstrittig sein, dass der

ähnlich. Unter dem Motto „Wir wollen 10.000 neue Bäume für Berlin“ sammelt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschlands (BUND) derzeit berlinweit Unterschriften. Seit 2001, so der BUND, hat Berlin schon mehr als 11.000 Straßenbäume verloren.

200.000 Euro jährlich fehlen

Dennoch stellt der Berliner Senat den Bezirken zu wenig Geld für die Baumpflege zur Verfügung. Die Kosten für Pflanzung und Pflege eines neuen Straßenbaumes in den besonders pflegeintensiven ersten drei Jahren betragen rund 1.500 Euro. Das Bezirksamt schätzt, dass jährlich 200.000 Euro an Sachmitteln zusätzlich erforderlich sind, um die Defizite bei der Straßenbaumpflanzung und -pflege auszugleichen. Darüber hinaus mangelt es an Per-

sonal. Zur Überprüfung von Baumstandorten im Straßenland fehlt ein/e Ingenieur/in, der/die u. a. für die notwendige Abstimmung bei neuen Leitungstrassen im Boden zuständig wäre.

Zudem muss geprüft werden, wie die bereits geschädigten Bäume besser geschützt werden können. Von den etwas über 27.000 Straßenbäumen sind nur 6.300 mit Baumschutzbügeln, Pollern, Baumschutzgittern oder Baumrosten ausgestattet. Der fehlende Schutz könnte ein Grund für die Schädigung der Bäume sein.

Spandaus Grünflächenamt braucht bessere Regelausstattung

In der Sitzung der Spandauer Bezirksverordnetenversammlung lehnte die GAL im Juni als einzige Fraktion eine Forderung der Panther nach einem Straßenbaumsonderprogramm ab. Die Grünen sprachen sich stattdessen für eine deutlich bessere Regelausstattung der Grünflächenämter aus. Die jetzt vom Bezirksamt vorgelegten Zahlen bestätigen, dass diese Haltung politisch richtig ist. Die dauerhafte Finanzierung einer zusätzlichen Stelle ist durch ein Sonderprogramm genauso wenig möglich wie die Bereitstellung von 200.000 Euro jährlich.

Die Spandauer Grünen setzen sich auch weiterhin für eine bessere Regelausstattung der Grünflächenämter ein. Nur so kann Spandau ausreichend Bäume nachpflanzen, für eine nachhaltige und fachmännische Pflege sorgen und die Einhaltung von Baumschutzvorschriften auf Baustellen kontrollieren. Spandau kann es sich nicht leisten, Jahr für Jahr mehr als hundert Straßenbäume zu verlieren.

Landschaftspark Gatow – Wiesenlandschaft muss erhalten bleiben

Die Artenvielfalt auf der weitgehend unberührten Fläche des geplanten Landschaftsparks Gatow ist in Gefahr. Die im Siegerentwurf formulierten Pläne zur Anlage einer Liegewiese, eines Picknick- sowie eines Grillplatzes werden zur Zerstörung von Teilen der Wiesenlandschaft führen. Das Gelände ist Brutplatz mehrerer Bodenbrüter wie Feldlerche und Wiesenpieper, sowie Heimat des Neuntöters.

Auch auf dem Gelände des ehemaligen Schießplatzes haben sich artenreiche Biotope, unter anderem für verschiedene Schmetterlingsarten, entwickelt. Hier ist der Bau einer Skaterbahn geplant.

Auch wenn die Pläne des Siegerentwurfes naturverträglicher erschei-

nen als manch anderer eingereichter Vorschlag: Es stellt sich die Frage nach der Notwendigkeit, an dieser



Unser Direktkandidat im WK 5 Foto: Stachel

Stelle einen Park zu gestalten. Hierzu erklärt Christoph Sonnenberg-Westeson, umweltpolitischer Sprecher der GAL-Fraktion und grüner

Direktkandidat für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus (Spandau, Wahlkreis 5): „Der Landschaftspark Gatow soll ein ökologischer Ausgleich für die teilweise Bebauung des Flugfeldes sein. Doch im Laufe der Jahre hat sich von allein eine artenreiche Wiesenlandschaft entwickelt. Die Gestaltung einer Parklandschaft führt zu einer ökologischen Entwertung des Geländes. Das kann und darf nicht im Sinne einer ökologischen Ausgleichsmaßnahme sein.“

Die GAL-Fraktion fordert von den zuständigen Stellen eine Abkehr von den bisherigen Landschaftspark-Planungen. Die Natur soll die Möglichkeit haben, sich ungestört zu entwickeln; der Mensch soll weiterhin die Möglichkeit haben, die Wiesenlandschaft zu erleben und zu genießen.

Damals vor fünfzig Jahren...

... wurden die Verkehrsverbindungen ins Umland unterbrochen. Wie sieht es heute aus?

Ein trauriger Tag für Berlin und Brandenburg jährt sich demnächst zum 50. Mal: der Bau der Mauer am 13. August 1961. Die Spandauer Nachbarstadt Falkensee wurde damals nicht nur von West-Berlin abgeschnitten, auch die S-Bahn nach Berlin (die Ost mit West verband) wurde an diesem Tag zwischen Albrechtshof und Spandau unterbrochen.

Dabei war die S-Bahn-Verbindung erst zehn Jahre vorher, am 14. August 1951, mit viel Pomp eröffnet worden. Bis Nauen, versprochen die DDR-Oberen damals, sollte es sogar weiter gehen. Diese Pläne waren mit der Verschärfung des Grenzregimes bereits ab 28. Mai 1952 nicht mehr up to date, WestberlinerInnen durften das Umland nicht mehr betreten. Zwar sollte mit dieser S-Bahn-Verlängerung auch das Umsteigen von der elektrischen S-Bahn zu den damals verkehrenden Dampf-Vorortzügen auf DDR-Territorium verlagert werden. Die S-Bahn-Anbindung Falkensees entsprach aber auch einem wichtigen Verkehrsbedürfnis, und war schon für die 30er Jahre geplant. Hitlers Weltkrieg setzte dem vorerst ein Ende.

Mit dem Mauerbau 1961 folgte in ganz West-Berlin ein Boykott der S-Bahn, zu dem DGB und SPD aufrufen. Doch bis 1980 fuhren von früh bis spät die S-Bahnzüge von der Friedrichstraße nach Spandau und weiter bis Staaken. Auch zum Gesundbrunnen verkehrten seit 1951 S-Bahn-Züge von Spandau aus, ebenso zwischen Gartenfeld und Jungfernheide, wo Anschluss zum S-Bahn-Ring bestand.

Mit dem großem Streik bei der unter DDR-Verwaltung stehenden Deutschen Reichsbahn im Herbst 1980 in West-Berlin wurden alle Strecken in und nach Spandau Knall auf Fall stillgelegt. Der einzige Schienenanschluss Spandaus nach Berlin bestand erst am U-Bahnhof Ruhleben. Das erforderte lange Busfahrten. Die Straßenbahn fährt seit 1967 nicht mehr in Spandau. Die letzte Spandauer Tramlinie 55 war zugleich die letzte in ganz Berlin (West). Ein Jahr vorher schon wurden die beiden wichtigsten Nord-Süd-Tramlinien in Spandau, die 75 und 76 von Johannesstift und Hakenfelde über Altstadt, Wilhelmstadt, Pichelsberg und Heerstraße zum Zoo eingestellt. Für SpandauerInnen bedeutete der Weg nach Berlin lange Busfahrten.

Ein schwacher Trost war, dass nur wenige Jahre später, am 1. Oktober 1984 mit der U7 von Siemensstadt her ein innerstädtisches Schienenverkehrsmittel wieder Spandauer Boden erreichte und am Span-

dauer Rathaus endete.

Viele Spandauer Bürgerinnen und Bürger vermissten trotzdem die S-Bahn. Aber auch in Berlin regte sich Widerstand. Die S-Bahn wurde 1981 Wahlkampfthema in Berlin. Davon profitierte auch die Alternative Liste Berlin (heute Bündnis 90/Die Grünen), die erstmals ins Abgeordnetenhaus zog. Der starke Bürgerdruck, von den Grünen bzw. der AL befe-



Vorrang für die S-Bahn

ert, sorgte dafür, dass am Ende zum 9. Januar die DDR die S-Bahn nach langen Verhandlungen in West-Berliner Hände übergeben hat. Die BVG wurde damals mit dem S-Bahn-Betrieb betraut. Doch kürzte der Senat das noch bestehende Rest-Netz in West-Berlin von 71 km auf nur noch 21 km Streckenlänge.

Dagegen erhob sich Bürgerprotest. Und so fuhren 1985 auf 71 Kilometer Strecke wieder rot-gelbe S-Bahnzüge in West-Berlin. Allerdings gehörte die S-Bahn nach Spandau nicht dazu. Es wurde auf die ach so schöne und neue U-Bahn verwiesen. Viele wichtige Ziele in Berlin wie das Zentrum am Bahnhof Zoo, waren nur mit langen Umwegfahrten und Umsteigerei zu erreichen.

Eine Wende trat erst mit dem Mauerfall am 9. November 1989 und der folgenden Wende in der DDR ein. SpandauerInnen wollten wieder ins Umland nach Falkensee und Nauen fahren, Havelländer wieder nach Spandau und Berlin. Schon Tage nach der Maueröffnung wurden neue Buslinien ins Umland eingerichtet, die Linie 337 verbindet bis heute Spandau mit Falkensee.

Aber auf der Schiene tat sich vorerst nichts. Erst im Mai 1995 verkehrten wieder zwischen Spandau und Falkensee Züge, allerdings nur noch mit Regionalbahn genannten Nahverkehrszügen im Stundentakt. Zuvor gab es aber Pendelzüge zwischen Nauen, Spandau und Berlin über Wustermark. Die Züge endeten aber in Charlottenburg oder am Westkreuz. Die S-Bahn fuhr einst alle

zehn bis zwanzig Minuten zum Zoo, zum Alex bis Königs Wusterhausen und Strausberg.

Dabei hatten Spandaus WählerInnen in einem auch von der AL Spandau unterstützten Bürgerbegehren im Herbst 1992 ein überwältigendes Ergebnis für den S-Bahnbetrieb nach Spandau und „darüber hinaus nach Falkensee und Nauen“ votiert.

Zwar fuhren im Frühjahr 1998 (24.

dieser Umstand führte dazu, dass Brandenburg und viele Parteien in Falkensee glauben, auf die S-Bahn könne verzichtet werden. Die Regionalbahn genüge.

„Irrtum“ sagt dazu der S-Bahn-sprecher Ingo Proignitz, der selbst in Falkensee wohnt und damit die Verhältnisse vor Ort gut kennt, zum Stachel. Wer schnell nach Berlin fahren will, soll die Regionalbahn nehmen können, wer in den Süden der Hauptstadt oder in Norden will, der ist, aus Spandau oder Falkensee kommend, mit S-Bahn schneller dort. Zwischen Falkensee und Spandau würde zudem die S-Bahn sogar schneller sein als die Regionalbahn heute, obwohl zwei neue Bahnhöfe dazu kommen sollen.

Und so plant der Senat wie auch die Bahn selbst, die S-Bahn in den nächsten Jahren vorerst bis zu Stadtgrenze zu bauen, mit je einem Bahnhof an der Nauener Straße und in Staaken, um die Ortsteile Klosterfelde, Falkenhagener Feld und Staaken besser als mit dem Bus zu erschließen. Viele Fahrgäste müssten dann nicht mehr mit dem Bus bis zum Rathaus fahren, sondern könnten schon viel früher in die S-Bahn umsteigen.

Diese Planung wird von der Spandauer AL seit Jahren schon mit Nachdruck unterstützt. „In allen Wahlprogrammen fordern wir immer wieder, die S-Bahn nicht nur bis zum Rathaus, sondern weiter ins Havelland, wenigstens aber bis zur Stadtgrenze am Bahnhof Albrechtshof und weiter nach Falkensee oder sogar bis Nauen zu führen“, sagt Angelika Höhne, die schon jahrelang für die AL Spandau in der Bezirksverordnetenversammlung tätig ist. Jetzt werde es Zeit, dass den Ankündigungen auch Taten folgen, fordert sie nachdrücklich ein.

Welche Perspektiven die S-Bahnverlängerung bis zur Stadtgrenze (Albrechtshof) hätte, welche nachhaltigen Verbesserungen das für Spandau bedeuten würde, darüber soll Mitte August, wenn sich die Stilllegung der S-Bahn nach Falkensee zum 50. Male jährt, auf einer großen Forumsveranstaltung gesprochen werden.

Berliner

Mauerstreifzüge

Sa. 30. Juli 2011, 14 Uhr

Bahnhof Staaken -

Bahnhof Henningsdorf

Sa, 13. August 2011, 14 Uhr

Bahnhof Henningsdorf -

S-Bahnhof Hermsdorf

Weitere Termine und Anmeldung unter:

www.michael-cramer.eu/berliner_mauerweg/4651633.html

Schulden und Selbstbetrug

Spielhallen und Spielsucht in Berlin

Die Zahl der Spielhallen in Berlin ist in den letzten Jahren rasant angestiegen. Spät und halbherzig wurde der Senat nun eindämmend tätig. Grüne wollten neben einem Stopp weiterer Hallen eine schnellere Schließung von vorhandenen Spielhallen.

Überall in der westlichen Innenstadt, aber auch in Reinickendorf und Spandau gehören Spielhallen zum normalen Straßenbild. Und es werden immer mehr. In Berlin hat sich die Anzahl der Geldgewinnspielgeräte in den letzten fünf Jahren von 5.882 auf 10.246 nahezu verdoppelt. Die Anzahl der Hallen stieg von rund 300 auf rund 600. Die Spielhallen verdrängen den angestammten Einzelhandel, weil sie jede Miete zu zahlen bereit sind, und verschandeln durch ihr äußeres Erscheinungsbild – verklebte Fenster, schreierische Farbgebung, blinkende Werbung – die Straßen.

Weil die Spielgelegenheiten immer zahlreicher werden, greift die Spielsucht immer mehr um sich. Rund 30.000 Berliner gelten als spielsüchtig. Über 80 % von ihnen spielen an Geldspielgeräten. Im Durch-

schnitt verschulden sie sich mit 30.000.- Euro. Geld, das nicht nur ihnen zum Bestreiten des Lebensunterhalts, sondern häufig auch ihren Familien und Kindern fehlt. Wenn



Spielhalle in der Neustadt

vor diesem Hintergrund Unternehmen wie Gauselmann mit den Merkur Spielotheken mit Spaß und Geselligkeit werben, kann dies nur als Hohn verstanden werden. Schließlich ist das Elend der Betroffenen ihr Geschäftsprinzip. Der Neuköllner Psychologe Kazim Erdogan spricht

in diesem Zusammenhang von einem Strudel aus Scham, Schulden und Selbstbetrug, in dem viele Spielsüchtige versinken.

Spielhallengesetz soll eindämmen

Nachdem das Land Berlin durch die Föderalismusreform seit 2006 für ein schärferes Spielhallengesetz zuständig ist, vertröstete Senator

Wolf (Linke) Vorstöße aus den unter der Antragsflut für neue Spielhallen leidenden Bezirken immer wieder auf die auf Bundesebene laufende Überprüfung der Spielevordnung. Eigene Initiativen entfaltet er nicht. Erst nachdem die Berliner CDU durch die Vor-

lage eines eigenen Gesetzesentwurfs im Sommer 2010 Druck machte, bequeme sich die Landesregierung zum Handeln. Solange standen die Bezirke weitgehend machtlos dem anhaltenden Boom weiterer Genehmigungsanträge gegenüber. Allerdings haben auch wenige Bezirke die

durch die rot-grüne Bundesregierung geschaffenen Möglichkeit erleichterter Versagung im Bauplanungsrecht genutzt.

Die Grüne Fraktion im Abgeordnetenhaus setzte sich in den Beratungen im Abgeordnetenhaus - gestützt auf ein Gutachten des wissenschaftlichen Parlamentsdienstes - nachdrücklich für eine gesetzliche Begrenzung der Spielhallenflut ein. Dabei sollte nach den Worten des rechtspolitischen Sprechers „bis an die Grenze des verfassungsrechtlich Zulässigen“ gegangen werden. Die von der rot-roten Koalition vorgesehene Übergangsfrist von fünf Jahren für bestehende Hallen sei viel zu lang. Rechtlich möglich und effektiver seien drei Jahre.

Ebenfalls abgelehnt wurde die großzügige Ausnahmeregelung im Gesetzesentwurf, die „lediglich zu unzähligen Streitigkeiten bei der Anwendung führen wird“. Die Vorschläge der Grünen zur Verschärfung des Gesetzes lehnte die Regierungskoalition ab. Die bei der Beratung zu spürende Verzögerung („Verstoß gegen die Gewerbefreiheit“) ließ die Möglichkeiten zur beherzten Eindämmung ungenutzt.

Beratung und Hilfe für Spielsüchtige im Café Beispiellos, Wartenburgstraße 8, 666 339 55

Dirk Behrendt, MdA

Arbeitszeit reduzieren!

Alternsgerechte Arbeitsplätze und Beschäftigung schaffen

Die Deutschen sind Europameister bei der Mehrarbeit. Dies bestätigte Anfang Juni EU-Sozialkommissar Laszlo Andor. Er stellte fest, dass es in keinem Land der Eurozone einen so großen Unterschied zwischen der tarifvertraglich vereinbarten und der tatsächlichen Wochenarbeitszeit gibt wie in Deutschland. Die tarifvertraglich festgelegte Arbeitszeit betrage in Deutschland laut Andor wöchentlich 37,7 Stunden – tatsächlich aber arbeiten die Beschäftigten 40,4 Stunden pro Woche.

Vergangene Arbeitszeitentwicklungen zeigen, dass sich insbesondere in Deutschland die Schere zwischen tariflicher und tatsächlicher Wochenarbeitszeit öffnet. Im EU-Vergleich sind Arbeitszeitverlängerungen in Deutschland besonders stark ausgeprägt. Mittlerweile entspricht die Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten in Deutschland dem Durchschnitt aller EU-Länder. Diese Entwicklung ist bedenklich und birgt soziale und arbeitsmarktpolitische Risiken.

Beschäftigte arbeiten insbesondere im Aufschwung länger und bekommen Überstunden auf Arbeitszeitkonten gutgeschrieben, die in Krisenzeiten wieder abgebaut werden. Dies trägt zur Beschäftigungs-

sicherung bei, aber verhindert ebenso Beschäftigungsaufbau in Boomphasen. In der Folge sind Aufschwungphasen zu Lasten der Erwerbslosen weniger beschäftigungsintensiv als früher. Die Be-

der Arbeitszeit ist ein Kriterium für alternsgerechte Arbeitsplätze. Aufgrund der zukünftig geforderten längeren Lebensarbeitszeit wäre es dringend geboten, dass die Differenz zwischen tariflicher und tatsächlicher



KollegInnen demonstrieren für ihre Rechte

Foto: Stachel

schäftigten hingegen sind nicht nur in Aufschwungphasen einer höheren Arbeitsbelastung ausgesetzt. Dies führt durch die physischen und insbesondere stark zunehmenden psychischen Belastungen dazu, dass die individuelle Arbeitskraft der Beschäftigten schneller „vernutzt“ wird. Vor dem Hintergrund der Einführung der Rente mit 67 ist dies besonders problematisch, denn die Ausgestaltung

Arbeitszeit abgebaut wird.

Auch sollten wir die Argumentation der Arbeitgeber und der Wirtschaftsforschungsinstitute, die nach wie vor auf eine Ausweitung der Wochenarbeitszeit drängen, immer kritischer hinterfragen. Jahrzehnte wurde die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverlängerung mit dem angeblich drohenden Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen

Wirtschaft begründet. Heute wird der Fachkräftemangel gerne als unüberwindbare Notwendigkeit von Arbeitszeitverlängerungen als Argument missbraucht. Professor Gerhard Bosch vom Institut für Arbeit und Qualifikation empfiehlt aber zu Recht, dass dem Fachkräftemangel nur mit Qualifizierung und Weiterbildung und nicht mit einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit begegnet werden muss.

Abschließend stellt sich noch die Frage nach weiteren Gründen, warum in Deutschland die Arbeitszeit steigt. Die Entwicklung ist ein Indiz dafür, dass die sinkende Tarifbindung nicht nur zu negativen Auswirkungen bei der Lohnhöhe führt, sondern auch zu längeren Arbeitszeiten. Nur noch etwa 62% der Arbeitgeber sind an tarifliche Vereinbarungen gebunden und deshalb muss unbedingt das Tarifvertragssystem gestützt werden. Hier ist die Bundesregierung in der Pflicht. Neben mehr branchenspezifischen Mindestlöhnen müssen vor allem Tarifverträge einfacher allgemeiner verbindlich erklärt werden, damit diese für alle Arbeitgeber einer Branche gelten. Nur so können die Tarifpartner, insbesondere die Gewerkschaften, gestärkt und die Erosion des Tarifvertragssystems gestoppt werden. In der Folge können tarifliche Regelungen zur Arbeitszeit wieder durchgesetzt werden.

Beate Müller-Gemmeke, MdB

Wohnungspolitik in Berlin muss endlich anfangen

Berlin hat im Vergleich mit anderen deutschen und europäischen Städten ein eher moderates Mietniveau. Aber der Schein trügt. Setzt man Einkommen und Miete ins Verhältnis, ist das Wohnen in Berlin genauso teuer wie in Köln und nur wenig günstiger als in Hamburg. Die Investitionsbank Berlin hat Anfang des Jahres durchschnittliche Mietbelastungsquoten aus Bruttokaltmiete und Haushaltsnettoeinkommen errechnet: Für Berlin und Köln 23,6 %, für Hamburg 24,3 %. Diese Werte relativieren das Bild der billigen Mieten in der Hauptstadt recht weitgehend.

In begehrten Quartieren besteht keine Chancengleichheit, wenn es um das Anmieten einer neuen Wohnung geht. Geringverdiener und viele Familien sehen sich beim Abschluss von Verträgen häufig mit Mietforderungen konfrontiert, die deutlich, manchmal 50 %, über der ortsüblichen Vergleichsmiete des Mietspiegels liegen und die sie nicht bezahlen können. Wenn die Mieten in bestimmten Stadtteilen überproportional ansteigen und ökonomisch benachteiligte Menschen deshalb in preisgünstige Stadtteile verdrängt werden, kann das zu einer Konzentration sozialer Probleme führen.

Eine zukunftssträchtige Wohnungspolitik muss neben den sozialen Belangen die weitere energetische Sanierung der Berliner Wohnungsbestände zum Ziel haben. Bündnis 90/Die Grünen wollen stufenweise die Gebäude ertüchtigen - um Berlin klimafreundlich zu machen und damit auch den energiepreisbedingten Warmmietenanstieg zu dämpfen.

Bündnisgrüne wollen soziale Mischung erhalten

Wir wollen nicht, dass man Armut an der Postleitzahl ablesen kann. Wer soziale Segregation begrenzen will, muss die weniger begehrten Gebiete der Stadt so attraktiv machen, dass dort ärmere und reichere Menschen heimisch werden können. Daneben gilt es, den BewohnerInnen begehrter Lagen die Chance zu geben, in ihrem Quartier zu bleiben und ggf. auch mal die Wohnung zu wechseln. Aber wie kann die Politik den Wohnungsmarkt und die Entwicklung von Quartieren beeinflussen und solche Ziele verwirklichen?

Wer Kiezentwicklung steuern will, muss sich der Instrumente Geld, Eigentum und Recht bedienen. Berlin ist angesichts des Schuldenberges von über 60 Mrd. Euro nur begrenzt

in der Lage, große Förderprogramme selbst aufzulegen. Die 32 Mio. Euro Wohnungsbaufördermittel aus der Bundeskasse fließen komplett in die Altlasten des Westberliner Wohnungsbaus. Andere Bundesprogramme, etwa das Programm „Soziale Stadt“, werden regelmäßig gekürzt und müssen deshalb in Berlin auf wenige Ortsteile konzentriert werden.

An Eigentum stehen für die Wohnungspolitik die ca. 260.000 landeseigenen Wohnungen zur Verfügung.



Neues Wohnquartier am Stadtrand

Foto: Stachel

Der Senat hat jedoch keine klare Konzeption, was die Funktion der sechs landeseigenen Wohnungsgesellschaften eigentlich ist. Der ehemalige Finanzsenator Sarrazin hat den Aufgabenkanon kürzlich etwa so beschrieben: Mieten hoch, Kosten senken, Schulden abbauen. Bei dieser ausschließlich betriebswirtschaftlichen Vorgabe von SPD und Linke fehlen klare Bezüge zum Wohnungsmarkt, zur Bedeutung der kommunalen Bestände für den Berliner Mietspiegel und natürlich zu den Einkommensgruppen, für die landeseigene Wohnungen ggf. bevorzugt angeboten werden sollen.

Bündnis 90/Die Grünen wollen die landeseigenen Wohnungen insbesondere zur Wohnungsversorgung von Menschen mit geringeren Einkommen nutzen. Dabei stehen wir vor dem Problem, dass es in den Bezirken sehr unterschiedlich viele landeseigene Wohnungen gibt. Das ist ein Ergebnis der Wohnungsverkaufspolitik von SPD und Linken, die zuletzt die GSW (70.000 Wohnungen) mit ihren sehr gut über mehrere Bezirke verstreuten Beständen sogar an die Börse gebracht haben. Während im Bezirk Lichtenberg ca. 35 % aller Wohnungen landeseigen sind, stehen für aktive Wohnungspolitik in Spandau nur 10 % bzw. 12.000 Wohnungen zur Verfü-

gung. Diese ungleiche Verteilung wollen wir perspektivisch verändern.

Mietrecht verbessern

Berlin als die deutsche Mieterstadt schlechthin hat einen Anteil von etwa 85 % Mietwohnungen. Deshalb ist das Mietrecht hier von großer Bedeutung. Wir wollen, dass die energetische Sanierung oberste Priorität bei der Modernisierung der Bestände hat und demzufolge eventuelle Mietsteigerungen auf genau dieses Thema konzentriert werden. Drei wesentliche Gesetzesänderun-

gen sehen wir als notwendig an.

In Berlin steigen im Moment die Mieten in den Gebieten mit großer Nachfrage insbesondere durch den Abschluss von neuen Mietverträgen stark an. Also egal, ob energetisch saniert wird oder nicht. In der Mietgesetzgebung gibt es zum Thema der Neuvermietung keinerlei Regelungen. Lediglich der Wucherparagraph im Strafgesetzbuch oder das Wirtschaftsstrafgesetz können gegen unangemessen hohe Mietentgelte zur Anwendung kommen. Aber dafür sind umfangreiche Nachweise des Ausnutzens eines geringen Angebotes erforderlich. Das wollen wir verbessern: Das Thema der Neuvermietungen muss im Rahmen der Mietgesetzgebung im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) geregelt werden.

Möglichkeit zur Mieterhöhung von 20% auf 15% absenken

Ebenso geht es uns um die Frage der regulär alle drei Jahre möglichen Mieterhöhung bis zur Vergleichsmiete nach § 558 BGB. Auch die bringt nicht grundsätzlich etwas für die energetische Modernisierung, sondern erhöht die Vermietereinnahmen, wenn man von einem Inflationsausgleich mal absieht. Wir wollen sie von derzeit 20 auf 15 % absenken.

Und der dritte Punkt ist die sogenannte Modernisierungumlage nach § 559 BGB. Hierüber können alle denkbaren Modernisierungen zur Wohnwertsteigerung auf die MieterInnen umgelegt werden. Wir wollen hingegen, dass nur noch die energetische Sanierung und die Schaffung von Barrierefreiheit von den Mieterinnen und Mietern zu dulden und mitzufinanzieren sind. Der Anbau von Balkonen oder einer Einbauküche z. B. kann jederzeit auf freiwilliger Basis zwischen Mietern und Vermietern vereinbart werden.

Senat tut zu wenig gegen Umwandlung und Zweckentfremdung

Aber nicht nur beim Mietrecht auf der Bundesebene gibt es Handlungsbedarf. Der Senat nutzt auch eigene Kompetenzen viel zu wenig. In mehreren Bezirken gibt es Milieuschutzgebiete nach § 172 Baugesetzbuch, um die Struktur der Wohnbevölkerung zu erhalten. Wir wollen, dass in solchen Gebieten die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen nur mit Genehmigung erfolgen kann. Die Koalition von SPD und Linken im Abgeordnetenhaus lehnt das ab.

Grüne Vorschläge werden abgelehnt

Wir haben vorgeschlagen, mit einer Zweckentfremdungsregelung gegen spekulativen Leerstand und unsinnige Abrisse, wie z. B. am Barbarossaplatz in Schöneberg, vorzugehen. Auch das hat die Koalition abgelehnt und unsere Initiative auf das Thema der Umnutzung von Wohnraum in Ferienwohnungen verkürzt.

Außerdem wollen wir, dass der Schutz gegen Eigenbedarf nach Umwandlung von Mietwohnungen zehn Jahre beträgt. Unser entsprechender Antrag im Abgeordnetenhaus wurde bereits fünf Mal vertagt. Im August läuft die aktuelle Regelung aus. Senatorin Junge-Reyer lässt die Stadt darüber im Ungewissen, in welchen Kiezen ein erweiterter Kündigungsschutz gelten wird und wo nicht.

Und noch etwas hat der Senat bewusst blockiert: Sozialwohnungen, für die die Anschlussförderung weggefallen ist, werden durch Glücksritter erworben und entmietet. Die schlimmen Fälle im Fanny-Hensel-Kiez oder an der Kochstraße in Kreuzberg sind die bekanntesten Beispiele dafür. Wir haben den Senat aufgefordert, im Einzelfall solche Häuser anzukaufen. Das kann Wohnungsnot vermeiden und begrenzt die Ausgaben für Bürgerschaftszahlungen aus dem Landeshaushalt, wenn Häuser zwangsversteigert werden. Diesen Vorschlag hat der Senat nicht einmal ausprobiert.

Es wird Zeit, dass Wohnungspolitik in Berlin überhaupt wieder anfängt. **Andreas Otto, MdA**